

# Windenergie: Regionen müssen jetzt liefern

Größte Fläche für Windräder liegt im Gebiet Donau-Wald – Viele Standorte nicht wirtschaftlich – Beirat soll bei Ausweisung helfen

Melanie Bäuml-Schachtner 20.10.2022 | Stand 19.10.2022, 22:40 Uhr



Experten aus dem Wirtschaftsministerium: Klaus Ulrich (l.) und Dr. Johann Nickel informieren über die Vorgaben. – Foto: mel

Straubing. Der Bund gibt in Bayern die Marschrichtung in Sachen Windenergie vor: 1,1 Prozent der Landesfläche müssen bis 2027 für die Errichtung von Windenergieanlagen zur Verfügung gestellt werden, bis 1,8 Prozent sogar bis 2032. Der Ball wird nun den Regionen zugespült, die "Vorrangflächen" für die Windenergie ausweisen müssen, also zeigen, wo Investoren Windkraftanlagen aufstellen dürften. Darüber hat sich der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbands Donau-Wald (Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Straubing-Bogen und Regen sowie die kreisfreien Städte Passau und Straubing) gestern in Straubing ausführlich informiert.

"Der Ausbau der Windenergie ist dringend notwendig, weil Photovoltaik und Windkraft sich so unglaublich gegenseitig ergänzen – im Sommer gibt es weniger Wind und mehr Sonne, im Winter ist es umgekehrt", machte Dr. Johann Nickel, Ministerialdirigent des Wirtschaftsministeriums, deutlich. Derzeit werden in Bayern fünf Terrawatt-Stunden Energie mit Windkraft erzeugt, bis 2030 sollen es 13 Terrawatt-Stunden sein. Dazu sind laut Ministerium rund 800 Windräder der modernen Klasse notwendig. Gerade auch die Wirtschaft sei angesichts von Produktionskosten von fünf bis acht Cent pro Kilowattstunde interessiert, so Nickel.

Bei der Vorgabe für die Länder habe Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) laut Nickel "Zuckerbrot und Peitsche" walten lassen. Das Zuckerl: Landschaftsschutzgebiete seien nicht mehr relevant für den Ausbau; die Keule: Werden die Ziele nicht erreicht, wird das gesamte Planungsgebiet frei, "dann ist Windkraft überall möglich, dann ist uns die Planung entzogen."

Der Regionale Planungsverband hat laut Klaus Ulrich, ebenfalls Ministerialdirigent am Wirtschaftsministerium, die größte Flächenzahl im Vorranggebiet – und hat erst vier Windkraftanlagen: "Das ist wenig." Es liege daran, dass zunächst die 10H-Regelung im Wege stand und zudem viele Standorte nicht ökonomisch für die Betreiber seien. Allerdings könnten laut Ulrich die neuen Anlagen an bisherigen Standorten ökonomischer betrieben werden.

Das ist auch der Grund, der für die Überarbeitung des Regionalplans und damit auch für die neue Ausweisung von Vorranggebieten spricht. Weitere Argumente seien aktuelle Daten durch den neuen Windatlas und Änderungen der Ausschlusskriterien.

Für die Ausweisung der Vorranggebiete sind nun die Regionen zuständig: "Das bedeutet aber auch, dass die Verantwortung bei den Regionen liegt, wenn die Ziele nicht geschafft werden", erklärte Ulrich. Die Ministerialvertreter sowie Regionalbeauftragter Jürgen Schmaus rieten dazu, den Regionalplan gleich für die Ziele von 2032 fortzuschreiben und nicht auf zwei Etappen. Sie schlugen auch vor, einen Beirat ins Leben zu rufen, der den Regionalen Planungsverband Donau-Wald berät, wo Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen und ob es Sinn macht, freiwillige Ausschlussgebiete festzulegen. Die Verbandsmitglieder votierten einstimmig dafür. Besonders topographisch wird es die Region Donau-Wald nicht leicht haben, Vorranggebiete auszuweisen, glaubt Schmaus.

Ausschuss-Mitglied Urban Mangold (ODP) rief dazu auf, freiwillig die Vorgaben des Bundes schneller umzusetzen. Verbandsvorsitzender Josef Laumer und Deggendorfs Landrat Bernd Sibling (beide CSU) wünschen sich dagegen lieber eine sorgfältige Planung. Regens stellvertretender Landrat Helmut Plenk (CSU) sieht als ein Problem, das gelöst werden muss, die mangelnde Netzkapazität: "Die Privatisierung war der größte Fehler." Bedenken hat Josef Gold. Der Kirchrother betreibt derzeit 70 Windkraftanlagen und sagte, im Landkreis Straubing-Bogen seien 80 Prozent der Flächen, die für die Windkraft ausgewiesen wurden, für den Betreiber wirtschaftlich nicht geeignet: "Man zahlt drauf. Deshalb muss das Ganze überarbeitet werden. Und im Gebiet Donau-Wald wird es so sein, dass nur 0,8 Prozent der Fläche geeignet ist, mehr bekommen wir nicht zusammen." Und wenn in Bayern 1,8 Prozent der Fläche bereitgestellt wird, dann hieße das, dass insgesamt 4000 Windräder aufgestellt würden: "Das muss man dem Bürger erklären, aber ich stelle fest, es gibt nicht mehr so viele Widerstände."

**Melanie Bäuml-Schachtner**